

Der antikapitalistische „Wir-wollen-alles!“-Block auf der Demo am 3. April in Berlin.

Mehr dazu ab Seite 2

NR. 29 **MAI 2004**

Europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau

■ Am 3. April wurde europaweit gegen "Sozialkahlschlag" demonstriert. Allein in Berlin gingen ca. 300.000 Menschen auf die Straße, in Stuttgart nochmals 150.000 und in Köln über 100.000. In ganz Europa waren es mehrere Millionen. Zu den Demonstrationen hatten neben Gewerkschaften auch Erwerbsloseninitiativen, soziale Gruppen und Teile der radikalen Linken mobilisiert und damit einen Beschluss des letzten Europäischen Sozialforums (ESF) in Paris für einen zentralen Aktionstag umgesetzt.

Der Tag machte einmal mehr deutlich, dass die Angriffe der herrschenden Klasse auf alle Lohnabhängigen – ob mit oder ohne Arbeit – nicht einfach hingenommen werden und die Menschen die Möglichkeit des Protestes auf der Straße wiederfinden. Zugleich wurde die Perspektivlosigkeit der Gewerkschaften sichtbar, die sich im ständigen Spagat zwischen der Interessenvertretung der ArbeiterInnen und dem sozialpartnerschaftlichen Schulterschluss mit Regierung und Kapital befinden. Sich zum einen kämpferisch zu geben und auf der andere Seite auf der Suche nach einem Kompromiss mit den Regierenden zu sein, führt zu keiner grundsätzlichen Verbesserung, sondern verhilft den Angriffen auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen höchstens zur Legitimation. Mit dem Verharren innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Logik gerät die klassische Gewerkschaftspolitik der letzten Jahrzehnte in Zeiten der verstärkten Standortkonkurrenz und der anhaltenden Offensive des Kapitals in die Krise. Eine wirkliche Perspektive aus der konkreten Situation kann nicht gemeinsam mit den Vertretern aus Wirtschaft und Politik, sondern nur gegen sie und gegen die Gesetze des Kapitalismus entstehen.

Der Aktionstag in Berlin

In der ganzen BRD hatten die Gewerkschaften Busse und Sonderzüge für



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

die Fahrten zu den Großdemonstrationen organisiert. Allein aus Braunschweig fuhren über 20 Busse nach Berlin. In anderen Städten waren es ähnlich viele. Die Demonstrationen stand unter dem Motto “Aufstehen, damit es endlich besser wird”. In Berlin gab es drei Auftaktkundgebungen an unterschiedlichen Orten, anschließend machten sich die Demonstrationszüge auf den Weg zur gemeinsamen Abschlusskundgebung. Die meisten Forderungen der Leute auf der Demonstration richteten sich an die Regierung, dass sie die Hartz- “Reformen” und die Agenda 2010 zurücknehmen und überhaupt zu einer gerechteren, sozialverträglicheren Politik zurückkehren soll. Andere forderten eine Umverteilung des Reichtums zu Gunsten der Armen und wieder andere sahen die Lösung in dem vereinfachten Ausspruch “Schröder muss weg!”. Es gab aber auch Stimmen, die diesem System und seinen Vertretern aus Politik und Wirtschaft längst nicht mehr glauben und von ihnen rein gar nichts erwarten. So gab es innerhalb des Demonstrationszuges vom Alexanderplatz auch den antikapitalistischen “Wir-wollen-alles!”- Block. Dem Block, in dem sich zeitweise mehrere Tausend TeilnehmerInnen einfanden, ging es nicht nur um eine bessere “soziale” Absicherung, ein bisschen mehr Lohn o.ä., sondern um eine grundsätzliche Kritik am Kapitalismus. Dafür bekam man es dann auch gleich mit mehreren Polizeieinsätzen zu tun. Nachdem am Haus der Wirtschaft (Sitz vom Bund Deutscher Industrie, der wohl wichtigsten Vertretung des deutschen Kapitals) rund 30 Farbeier ihren Platz an der Fassade fanden, zog die Polizei ein massives Spalier auf beiden Seiten des Blocks auf. Aus dem Spalier heraus griff sie dann zu einem späteren Zeitpunkt mehrfach die Demonstration an und entriss einige der Transparente. Dem geschlossenen Auftreten des Blocks und dem solidarischen Verhalten einiger Gerwerkschafter und anderer ist es zu verdanken, dass der Weg bis zur Abschlusskundgebung, bei nach wie vor kraftvoller und kämpferischer Stimmung, fortgesetzt werden konnte. Noch während die letzten Reden auf der Kundgebung gehalten wurden, besetzten rund 200 Menschen ein leerstehendes Haus in Berlin-Mitte, um der Forderung nach einem “Sozialen Zentrum” praktisch Nachdruck zu verleihen. Die Polizei rückte allerdings sofort an, räumte das Gebäude und nahm über hundert Leute in Gewahrsam. Trotz dessen kann der 3. April für die radikale Linke nur als Erfolg gewertet werden, denn es ist gelungen, deutlich wahrnehmbar eine Position fernab der kapitalistischen Logik zu formulieren und in die Proteste gegen den Sozialabbau eine radikale Gesellschaftskritik zu tragen.

Die Offensive des Kapitals und die Gewerkschaften

Der “Sozialabbau”, der sich derzeit in allen Lebens- und Arbeitsbereichen abspielt, ist keine unangenehme Nebenwirkung der Sanierung des Staatshaushaltes oder der Preis, der für mehr Arbeitsplätze zu zahlen ist, sondern ganz klar gewollt. Die herrschende Klasse macht sich daran, den gesellschaftlichen Reichtum von unten

nach oben umzuverteilen. Denn sie will die Verwandlung von Arbeit in Profit künftig noch billiger gestalten, also sich Kosten für die Lohnabhängigen einsparen. Die Nation soll fit gemacht werden, um ökonomisch und politisch im innerkapitalistischen Konkurrenzkampf der Staaten mitzuhalten und sich als attraktiver Investitionsstandort für Kapital erweisen, wo Arbeit billig und Ausgaben für "Soziales" niedrig sind. Denn auch in ein paar Jahren will die deutsche Wirtschaft ihrem Kapital noch kräftige Wachstumsraten bescheren und seine Stellung im Weltmarkt ausbauen. Dazu wird der Sozialstaat, der einst die lohnabhängigen Massen bei der Stange halten sollte, kurzerhand demontiert. Alles was vermeintlich ein Wachstum behindert wird weggekürzt, und somit sparen Kapital und Staat nicht nur Kosten, sondern erhöhen zugleich den Druck auf ArbeiterInnen und Erwerbslose, wirklich jedes Arbeitsverhältnis anzunehmen, egal wie schlecht bezahlt oder miserabel in der Tätigkeit.

Vor diesem Hintergrund ist die Kritik der Gewerkschaften an den "Reformen" vollkommen zahnlos. Es bringt überhaupt nichts, von der Regierung zu verlangen, die Intensität des "Sozialabbaus" zu schmälern oder mit Vorschlägen an sie heranzutreten, wie man es besser machen könnte. Sie wissen was sie tun, die Folgen sind ihnen wohl bekannt, doch sie tun es trotzdem, denn genau das ist ihre Aufgabe. Wer nun, wie etwa die Gewerkschaften, an dem sozialpartnerschaftlichen Kurs mit Regierenden und Kapital festhält und sich auf die Standortlogik einlässt, trägt den stetigen Abbau von "Sozialleistungen", niedriges Lohnniveau, hohe Arbeitszeiten und schlechte Arbeitsbedingungen mit. Die Gewerkschaftspolitik gerät daher in der aktuellen Situation in die Krise. Denn wer auf der einen Seite bei dem "Verzicht für den Standort" mitmacht und andererseits für "soziale Rechte" eintritt, gerät argumentativ schnell ins Straucheln.

Muss der Reichtum nur gerecht verteilt werden?

Auch die Forderung nach einer Umverteilung des Reichtums zugunsten der Armen, wie es beispielsweise das globalisierungskritische Netzwerk "attac" fordert, zeugt von einer Unkenntnis kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten. Denn Armut und Reichtum, Mangel und Überfluss, sind in der bürgerlichen Gesellschaft zwei Seiten einer Medaille. Es ist ja nicht so, dass es zuwenig Nahrung und andere Waren auf der Welt gibt, ganz im Gegenteil. Die nie dagewesene hohe Produktivität der heutigen Zeit hat zu einer ständigen Überproduktion an Waren für den kapitalistischen Markt geführt. Dass dennoch zahlreiche Menschen weit unterhalb des Existenzminimums leben, von der Situation in der sogenannten Dritten Welt ganz zu schweigen, ist allgemein bekannt. Aber mit einer einfachen Umverteilung des Reichtums ist es nicht getan. Das Kapital ist nämlich nur auf eines aus: seine Waren, Dienstleistungen und Technologien gewinnbringend zu verkaufen, und wem die nötige Zahlungs-

kraft dazu fehlt, bleiben sie eben verwehrt. Wenn Waren oder Geld einfach so an Arme verteilt werden würden, würden sie ihren ureigenen Zweck, den der Vermehrung von Kapital, verfehlen und umgehend entwertet werden. So und nicht anders funktioniert es im Kapitalismus.

Klassenkampf statt Standortlogik!
In der aktuellen Situation, wo sich die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen durch den Generalangriff der herrschenden Klasse drastisch verschärfen, besteht auch eine gewisse Chance. Viele Menschen könnten langsam erkennen, dass ein an Profitmaximierung orientiertes Wirtschaftssystem einem vernünftigen Leben im Wege steht. Daher muss gerade innerhalb der Proteste gegen den Sozialabbau eine Perspektive aufgezeigt werden, die nicht auf Kompromisse mit dem System aus ist. Das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Produktion zur Kapitalvermehrung, der Staat zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals und die sich aus der Produktionsweise ergebende Konkurrenz zwischen Menschen und Nationen muss insgesamt in Frage gestellt werden. Nur in einer klassenlosen Gesellschaft, wo die Produktion zur Bedürfnisbefriedigung statt für Profite Einzelner eingesetzt wird, ist eine soziale Zukunft, wo die Menschheit solidarisch lebt, denkbar. In diesem Sinne: Für den Kommunismus!

Nazis angreifen und vertreiben: auch in Wolfenbüttel!

■ Seit geraumer Zeit treibt eine Gruppe von Nazis in Wolfenbüttel und Umgegend ihr Unwesen. Bis zu 30 Faschisten treffen sich mehr oder minder regelmäßig in den Abendstunden am “Forum”. Dies ist ein Einkaufszentrum, welches in der Nähe des lokalen Bahnhofs liegt. Weiter sind dort zahlreiche Haltestellen für Busse, die von Jugendlichen gerade Abends zum Treffen und Trinkengenutzt werden. So eben auch von den Nazis, die des Öfteren auch noch im “Check Inn” (Kneipe mit Bowlingbahn im “Cinestar”-Komplex) herumlungern. Diese Treffen der Nazis beschränken sich natürlich nicht auf dumm-die-Gegend-vollstehen-und-saufen. Es gab zahlreiche Angriffe und Bedrohungen gegen Punks, Alternative, HipHopper und MigrantInnen.

Get organized and Fight Back!
Am 12.03.2004 kam es zu einer ersten organisierten Aktion gegen die Faschisten. Um die 30 AntifaschistInnen zogen durch das beschauliche Örtchen und verschönerten die umgegend mit Aufklebern und sprühten Parolen. Als die Gruppe am “forum” ankam, machte sie ein Häuflein Nazis aus, welche sofort die Beine in die Hand nehmen mußte. Das ganze fand unter Beifall und “Haut den scheiß Faschos auf‘s Maul”- Rufen der anderen Jugendlichen statt.

Einige Wochen später, am 26.03.2004 zogen ca. 75 Punks, Alternative, HipHopper und organisierte AntifaschistInnen gemeinsam zum Treffpunkt der Nazis am “Forum”. Jedoch war (rein zufällig !?!?) kein einziger von denen dort zu finden. Nach kurzem warten erschien dann aber plötzlich die Streifen.- und Zivilpolizei mit vier Fahrzeugen. Die Beamten begannen damit, die Personalien der Anwesenden zu kontrollieren. Bei der Masse von Leuten und deren Herumgewusel auf dem Platz, kamen die Beamten nicht mehr mit, wen sie nun schon kontrolliert hatten und wen nicht. Als es ihnen zu nervig wurde, drohten sie damit “hier alles abzuräumen” (Zitat eines Polizeibeamten). Um die Situation nicht eskalieren zu lassen, formierten sich die Leute zu einer Demonstration und zogen mit “Deutsche Polizisten schützen die Faschisten” und “Nazis raus”- Rufen zum Kornmarkt. Natürlich mit der “netten” Begleitung der Polizei, die mit ihren Blaulicht hinter der Demo herfuhr. Bezeichnenderweise schrieb die Braunschweiger Zeitung in ihrem Lokalteil später von “75 randalierenden Jugendlichen”. Halten wir fest: Nazis, die Menschen überfallen und verletzen, sind nicht mal ‘ne Schlagzeile wert und werden, der Schadensbegrenzung am Image des Ortes zu Gute, einfach totgeschwiegen. Wenn aber Leute lediglich auf die Straße gehen, um eine breite Öffentlichkeit hierüber zu informieren, weil Polizei, Stadt und Medien den Nazi- Terror totschweigen, decken oder verharmlosen, dann treten die Staatsschergen auf den Plan, um jeden Ansatz von Widerstand zu kriminalisieren und zu verfolgen. Das Gerede der Lokalpresse von “randalierenden Jugendlichen” passt da fabelhaft rein. Nicht die Nazis werden als Problem wahrgenommen, sondern jene, die darauf aufmerksam machen. Schließlich bringen sie den Ort ja “schlecht” ins Gerede. Entweder ist man dann eineR von “Außen” oder ein “Nestbeschmutzer”. Davon mal ab gab es am 26.03.2004 keinerlei Aktion gegen die Nazis (waren ja keine da) oder sonstwas, was auch nur annähernd die Bezeichnung “Randale” verdient hätte.

Unvollständige Chronik:

Im Januar 2004 werden zwei Jugendliche im sog. “Gefängnispark” von ca. 12 Nazis angegriffen. Die Jugendlichen konnten entkommen, bevor Schlimmeres passiert.

23.01.2004 Den gesamten Abend über kommt es zu Übergriffen und Flaschenwürfen der Nazis auf Gruppen von Punks und Alternativen. Bevor die Jugendlichen anfangen können, sich zu wehren, beendet die eintreffende Polizei die Auseinandersetzung.

31.01.2004 Mehrere Nazis attackieren eine Gruppe von Punks im Seeliger Park

27.02.2004 Ebenfalls im Seeliger Park attackieren Faschisten eine Gruppe von vier Jugendlichen

13.03.2004 Eine 15- Jährige wird von fünf Nazis am Bahnhof angegriffen

19.03.2004 Ca. 30 Faschisten greifen Punks und Alternative am “Forum” mit Flaschenwürfen an. Mehrere Personen werden verletzt

Unite and Fight! Unite and Win!

In dieser Atmosphäre aus schweigender und gegen AntifaschistInnen hetzende Presse, dazu noch ausschließlich gegen Linke vorgehende Polizei, können sich die Faschisten wie Fische im Wasser oder die Fliegen in der Scheiße fühlen. Dennoch

sollten die Nazis nicht dem Irrglauben verfallen, daß sie die Massen auf ihrer Seite hätten. Wie oben schon gesagt, fand die Aktion am 12.03.2004 unter Beifall der anderen Jugendlichen statt. Diese Jugendlichen setzen sich aus Punks, HipHoppern, Alternativen und anderen zusammen. Und obwohl sie offenkundig selber kein Bock auf die Nazis haben und ihnen zahlenmäßig stark überlegen sind, konnten sich die Nazis dort bisher fast ungestört unter ihnen aufhalten. Das Problem scheint zu sein, daß sie sich ihrer eigenen Stärke, die man durch geeintes und entschlossenes Handeln erreichen kann, nicht bewußt sind. Der Kampf gegen den faschistischen Terror und seiner Akteure steht und fällt mit der Beteiligung von so viel Menschen wie nur möglich. Je mehr Menschen sich dazu aufraffen, den Kampf konsequent zu führen, desto mehr wird das Nazi-Pack in die Defensive gedrängt. Dies sollte vorläufig unser Ziel sein. Dies scheint auch den Leuten in Wolfenbüttel langsam klar zu werden. Immer öfter kommt es, seit der Aktion am 12.03.2004, zu gemeinsamen Aktionen von Punks, HipHoppern, MigrantInnen, Alternativen und anderen gegen die Nazis. Langfristig sollte sich in Wolfenbüttel ein kontinuierlicher Ansatz von antifaschistischer Politik entwickeln, damit Aktionen wie die der letzten Wochen nicht immer nur als Reaktion stattfinden müssen, sondern man selber die Initiative ergreift! Also schließt Euch zusammen: mit FreundInnen, KollegInnen oder Gleichgesinnten! Organisiert Euch! Schlagt zurück! Allein machen sie Dich ein!

Besatzung und Widerstand im Irak

■ Täglich berichten die Medien über den Krieg im Irak: wir erhalten die neuesten Verlustzahlen der Besatzungstruppen und ausführliche Reportagen darüber, wie schwer ihnen der irakischen Widerstand das Leben macht. Wir wollen in diesem Artikel bei denen bleiben, die tagtäglich dem Terror der Besatzungstruppen ausgesetzt sind und mit ihrem eigenen Krieg darauf antworten, bei den Menschen im Irak. Was hinter dem angeblichen "Wiederaufbau" steht, und was Besatzung bedeutet, soll knapp beleuchtet werden. Auch gehen wir auf die Art des Widerstandes dagegen ist.

Terror ist der Krieg der Armut gegen die Reichen...

... und Krieg der Terror des Reichtums gegen die Armen. Rekapitulieren wir: Im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten erhielten die USA ihr Öl nicht zu den von ihnen akzeptierten Bedingungen aus dem Irak. Saudi-Arabien, der größte Lieferant von Erdöl, ist in den vergangenen Jahren ein unsicherer Kandidat für die USA geworden, so dass man sich über den Irak weitere Alternativen aufbauen wollte. Dass der Krieg bereits vor dem 11. September geplant wor-

den war, wurde in den letzten Wochen ja bereits schwarz auf weiß publik gemacht. Die präsentierten Gründe sind dann auch einer nach dem anderen als absichtliche Lügen oder zumindest als ungeprüft übernommene "Geheimdienst-Informationen" kollabiert. Übrig bleibt ein Krieg um Öl und darum, ein Standbein in der Region aufzubauen, was strategisch, aufgrund der vorhandenen Rohstoffe von "vitalem Interesse" für die Wirtschaft in den Metropolen ist (s. dazu auch FIGHT BACK! Sonderausgabe zum Krieg im Irak, zu finden im Netz unter www.antifacafe.kommunikationssystem.de). Doch was ist mit der Demokratisierung, mit "enduring freedom", also der andauernden Freiheit, wie der Krieg gegen den Irak benannt ist?

Die Invasion der Konzerne

Mit der Armee kamen die Konzerne. Wie der Krieg selbst, so lagen auch die Pläne für die "Umgestaltung" Iraks schon seit längerem in der Schublade. In dem hundertseitigen Papier des US State Department, "Moving the Iraqi Economy from Recovery to Sustainable Growth" wird ausführlich beschrieben, wie beispielsweise die irakischen Gesetze umzuschreiben seien oder wie der Banksektor übernommen werden solle. Sogar an den Entwurf eines Antrages des Irak auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation wurde gedacht.

Unter dem Begriff "Wiederaufbau" wurde und wird der Irak komplett verkauft. Die Besatzungsbehörde hatte im September 2003 beschlossen, dass alle irakischen Unternehmen zu 100 Prozent von ausländischen Firmen gekauft werden können (Firmen aus Nichtkriegsteilnehmerländern waren anfangs davon ausgeschlossen), mit Ausnahme der Öl- und Gasindustrie. Diese Ausnahme erklärt sich ganz einfach: Die Öl- und Gasunternehmen bleiben zunächst offiziell Eigentum des Irak und werden von den Besatzern nur "verwaltet". Wenn jetzt ein Unternehmen für einen Spottpreis ein (von den Soldaten des eigenen Landes) zerstörtes irakisches Unternehmen aufkauft und dieses im eigenen Interesse "wiederaufbaut", wird ihm das vom Irak über dessen Öl bezahlt. Darum bleibt das Öl im Moment offiziell irakisch, der Irak wird "um die Ecke" ausgeraubt.

Ein Aufbau, der keiner ist

Das ist jedoch nicht alles. Der sogenannte Aufbau findet nicht wirklich statt. Nach über einem Jahr nach Beginn des Krieges gibt es immer noch keine funktionierende Strom-, Wasser- und Gesundheitsversorgung, so fällt z.B. in Bagdad der Strom für bis zu 16 Stunden am Tag aus. Der traurige Witz ist, dass die Unternehmen, die den Irak heute angeblich aufbauen, nach Aufwand bezahlt werden, das heißt, je länger ein Unternehmen braucht, desto mehr Geld bekommt es. Gewissermaßen die Umkehr des Konkurrenzprinzips. Tatsächlich aufgebaut werden im Irak nur die Pipelines zur Ölförderung, und das immer wieder, da sie häufig Ziel von Anschlägen sind. Um hier mehr Ruhe und die gewünschte Ölfördermenge hinzubekommen, boomt außerdem der Bau von militärisch genutzten Stra-

ßen und die Einstellung von Söldnern zum Schutz der Pipelines. Die Stärke dieser Truppen liegt inzwischen bei mehreren zehntausend Mann.

Die Resultate des bewusst verhinderten Wiederaufbaus sind vielfältig und dürften zu den Hauptgründen des stärker werdenden Widerstands gegen die Besatzung zählen. Zwei Beispiele:

a) Die Säuglingssterblichkeit hat sich innerhalb eines Jahres verzehnfacht. Jedes zehnte Baby stirbt durch Krankheit, unsauberes Wasser, Unterernährung etc. Man muss sich nicht anstrengen, um sich vorstellen zu können, welche Reaktionen das in den betroffenen Familien hervorruft.

b) Die Erwerbslosigkeit liegt zwischen 50 und 75 Prozent, dementsprechend sind selbst die vorhandenen Lebensmittel für die meisten unerschwinglich. Massenproteste und Demonstrationen gegen die miesen Lebensbedingungen wurden von der US-Armee brutal angegangen, viele Demonstranten wurden erschossen, noch mehr verletzt. Angriffe auf Soldaten wurden und werden mit Strafaktionen gegenüber ganzen Stadtvierteln geahndet. Neu gegründete Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen werden von der Besatzungsbehörde *Coalition Provisional Authority* (CPA) verfolgt, die hierin einen Keim unabhängiger Entwicklung sieht und befürchtet. Fast täglich gibt es Demonstrationen gegen die CPA, für Jobs, für Lohnerhöhungen, gegen die langen Arbeitszeiten, gegen Mitglieder des alten Regimes in den neuen Leitungspositionen – denn da hat die Besatzungsmacht sie hingesetzt. Auch bewaffnete Aktionen gehören zum Arbeiterwiderstand im Irak. Unbeachtet von der Presse, die sich auf die Aktionen gegen die ausländischen Invasoren konzentriert, erschossen bspw. die Arbeiter einer Speiseölfabrik deren Chef im Juli 2003, weil der sich geweigert hatte, die vor dem Krieg entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Als man im Hafen von Maaql/ Basra die Arbeiter mit ungültigen 10.000 Dinar-Noten bezahlen wollte, griffen 600 von ihnen das Haus des Chefs an, zerstörten es und verwüsteten die Büros der Verwaltung. Der Chefbuchhalter floh und wurde eingefangen. Als britische Panzer anrollten, stellte die Gewerkschaft das Ultimatum: sofortige Auszahlung der Löhne oder Tötung des Buchhalters und des von der CPA eingesetzten Managers. Die Gewerkschaft setzte sich durch. Derartige Aktionen sind Alltag im Irak, werden jedoch von den bürgerlichen Medien nicht beachtet. Solche Nachrichten möchte kein Staatschef und kein Unternehmen verbreitet wissen, denn darin könnte das Gemeinsame deutlich werden, nämlich dass die ganze kapitalistische Welt geprägt ist vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit.

Sowas kommt von so was...

Viel mehr Bilder erhalten wir hingegen von Anschlägen auf die Besatzungstruppen. Diese haben für alle Staaten, Kriegsteilnehmer und -gegner den Zweck, ihre Position zu legitimieren. Wie wir in den vorigen Ausgaben ausführten, bestanden gute Handelsbeziehungen zwischen EU-Staaten und

dem Irak, die ebenfalls indirektes Ziel des US-amerikanischen Angriffs waren. Am Irakkrieg lässt sich die Konkurrenz zwischen verschiedenen imperialistischen Zentren sehen, die um Macht und Einfluss ringen, und die Berichterstattung ist nicht anderes als ein Teil davon. Anwohner, die voller Genugtuung die Zerstörung von Militärfahrzeugen feiern oder gar Leichen durch die Straßen schleifen, dienen den Gegnern dieses einen Krieges, dazu, ihre Zurückhaltung zu rechtfertigen und zu "zeigen", dass der Krieg moralisch falsch war. Der Kriegsallianz wiederum dienen die Bilder dazu, die Gefährlichkeit des erklärten Feindes zu "zeigen" und damit die moralische Rechtfertigung für den Krieg im Nachhinein doch noch zu erhalten. "*Freiheit ist es wert, dafür zu kämpfen und zu sterben"*, erklärt Bush seine Mission. Das klingt gut, markig und entschlossen. Die zehn Worte umreißen vor allem und exakt aber die Motivation irakischer Widerstandskämpfer.

Freiheit, die ich meine...
ist jedoch garantiert eine andere als diejenige, die von einem großen Teil der Widerstandskräfte im Irak verfolgt wird. Hier geht es zunächst mal um die Beseitigung der Besatzung, aber nicht ohne entsprechende Nebengedanken. Während Anschläge auf Ölpipelines und Besatzungstruppen der Ausbeutung der Ölvorkommen und des Landes entgegenstehen, haben Angriffe auf Strom- und Wasserversorgung eine andere Qualität. Hier ist die Zivilbevölkerung direkt betroffen, und so soll es auch sein. Es geht denjenigen, die diese Aktionen ausführen, nicht um eine solidarische Gesellschaft, die mit vereinten Kräften zunächst Besatzer und dann die eigenen Herren aus dem Lande jagt, sondern um einen Zustand der Instabilität. Die Berechnung, dass eine weitere Verschlechterung der Lebensumstände den amerikanischen Truppen angelastet und dadurch der Widerstand stärker wird, mag aufgehen, aber sie ist an sich menschenverachtend. Beide Aktionsformen lassen sich jedoch nicht getrennt betrachten, da sie von den gleichen Leuten ausgeführt werden. Nach Einschätzung der linken und demokratischen Kräfte im Irak stehen hinter den bewaffneten Aktionen in erster Linie Anhänger des Baath-Regimes, die am liebsten Saddam Hussein wieder an der Macht sähen und Gruppen, die eine Religionsdiktatur errichten wollen. Eine ursprüngliche Massenverankerung dieser Kräfte ging den Anschlägen nicht voraus, bei zunehmender Dauer der Besatzung können sie sich aber mehr und mehr als die "einzig wahren Verteidiger" des Iraks darstellen, was ihnen die Anhänger geradezu in die Arme treibt. Die Professionalität der Guerillaaktionen lässt sich hingegen darauf zurückführen, dass die US-Besatzer alle Mitglieder der ehemaligen irakischen Armee entließen, die sich nun - inklusive ihrer ehemaligen militärischen Köpfe – im Widerstand befinden.

Die fortschrittlichen Kräfte im Irak wollen sich unter keinen Umständen in einer Allianz mit Saddam-Anhängern und sog. Fundamentalisten wiederfinden. Sie setzen hingegen in ihrer

politischen Arbeit auf die Selbstorganisation der Bevölkerung und auf die Bildung einer Gegenmacht von unten. In diesem Zusammenhang wurde eine Vielzahl neuer Organisationen gebildet, z.B. die Gewerkschaft der arbeitslosen Arbeiter, die Organisation für die Freiheit der Frauen, ein Komitee für die Bildung von Arbeiterräten und Gewerkschaften.

(Weitere Informationen findet ihr unter anderem auf der Internetseite der “WILDCAT” • www.wildcat-www.de)

Bericht über die Proteste gegen die NATO-Kriegskonferenz 2004 in München

■ Vom 6.-8. Februar 2004 fand in München zum 40. Mal die sog. “NATO-Sicherheitskonferenz” statt. Zu diesem Treffen des Militärbündnis NATO, dessen hochoffizieller Name “Münchener Tagung für Sicherheitspolitik” lautet, kamen Vertreter der führenden Industriestaaten, Militärs sowie Rüstungskonzerne, im Münchener Hotel “Bayrischer Hof” zusammen, um die Zurichtung der Welt nach den Bedürfnissen der globalen Marktwirtschaft zu diskutieren (zu Hintergrund und Geschichte der SiKo siehe letzte “Fight back!”-Ausgabe). Gegen das Treffen hatte sich bereits einige Monate zuvor ein breites Bündnis gegründet, das von Autonomen bis hin zu Gewerkschaften reichte. Neben einer eigenen Konferenz, auf der die Inhalte einer radikalen Antikriegsbewegung diskutiert werden sollten, wurden bundesweit Aktionstage gegen die Kriegs-Konferenz geplant. Auf dem Plan stand neben dezentralen Aktionen auch eine Großdemonstration am Samstag, den 7. Februar in München. Im Zuge der Mobilisierung hatte es im gesamten Bundesgebiet Informationsveranstaltungen zu NATO-Politik und zur Rolle der Sicherheitskonferenz gegeben. In Braunschweig nahmen rund 50 Leute an der Veranstaltung teil.

“Je näher man an den Bayerischen Hof kommt, desto mehr erinnert die Bewachung an einen südamerikanischen Polizeistaat.”(Süddeutsche Zeitung)

Das Wochenende der SiKo in München war geprägt durch ein massives Polizeiaufgebot und die Versuche der Polizei, den Protest mundtot zu machen. 6000 Beamte aus allen Bundesländern wurden zusammengezogen, um die Kriegstreiber zu schützen. Rund um den Bayrischen Hof, im Münchener Zentrum gelegen, wurde weiträumig mit Gittern abgesperrt.

Rings um diese “Rote Zone” fanden am Freitag, dem Eröffnungstag der SiKo, drei Kundgebungen auf den Anfahrtswegen zum Bayrischen Hof statt. Ingesamt versammelten sich auf den Kundgebungen, die wenige hundert Meter auseinander lagen, etwa 2000 Menschen, um gegen Krieg zu demonstrieren und die Anfahrt der Kon-

ferenzteilnehmer zu stören. Begleitet wurden die Kundgebungen mindestens von der gleichen Anzahl Polizisten in Kampfmontur. Die Bullen beschränkten sich anfangs noch darauf, die DemonstrantInnen mit Durchsuchungen und anderen Schikanen zu nerven. Als dann aber die ersten Menschen versuchten, die Anfahrtswege zu passieren und so die Durchfahrt der Konferenzteilnehmer zu behindern, ging die Polizei auf Angriff über. Am Platz der Opfer des Nationalsozialismus kesselte die Polizei im Laufe des Tages über 140 Menschen ein. Schon das Überqueren der Straße veranlasste die Polizei dazu, auf die Menschen zuzustürzen und sie in in Gewahrsam zu nehmen. Rund um die Kessel der Polizei sammelten sich immer wieder Leute, die durch Sprechchöre ihre Solidarität mit den Gefangenen zeigten und die Leute in den Kesseln mit warmem Tee und Essen versorgten. Auf einer Kundgebung wurde Tobias Pflügner von der "Informationsstelle Militarismus" nach seiner Rede hinter der Bühne brutal festgenommen. Andere Menschen wurden unter Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray aus den Kundgebungen herausgegriffen und dabei zum Teil erheblich verletzt. Trotz des brutalen Vorgehens der Polizei scheiterten die Versuche, jedwede kritische Äußerung zu unterbinden, denn trotz allem gelang es, die Anfahrtswege für gewisse Zeit dicht zu machen. So konnten einige Konvois der Teilnehmer erst mit deutlicher Verspätung ihr Ziel erreichen. Neben den Aktionen auf den Anfahrtswegen störten am Abend noch ca. 40 Leute das Essen einiger Kriegsstrategen im Luxusrestaurant "Käfer", unter anderem mit US-Außenminister Powell.

Die Eindrücke des Freitages, eine Polizeiübermacht die versucht, mit allen Mitteln den Protest zu stören, wurden am Samstag bei der Internationalen Großdemonstration weiter bestätigt. Schon zu Beginn waren wieder etliche Polizeihundertschaften unterwegs, um eintreffende DemonstrantInnen zu kontrollieren. Von den umliegenden Dächern filmten etliche Polizisten wie sich der Platz füllte. Ingesamt etwa 12000 Menschen versammelten sich hier. Nach einigen Redebeiträgen machte sich die Demonstration auf den Weg durch die Münchener City in die Nähe des Bayrischen Hofes. Die Demonstration, auf der Seitentransparente verboten waren, wurde durch ein massives Polizeispalier begleitet. Teilweise waren links und rechts der Demo jeweils drei Polizeiketten postiert, so dass es quasi unmöglich war, sich der Demonstration anzuschließen oder sie frühzeitig zu verlassen. Immer wieder versuchte die Polizei, die Demonstration zu stoppen und einzelne Leute ohne ersichtlichen Grund herauszuziehen. Trotz dieser Provokationen war die Menge lautstark und vermittelte der Münchener Bevölkerung entschlossen die Kritik an der Münchner Kriegskonferenz. Die Demonstration endete in Sichtweite des Bayrischen Hof. Nachdem die Demonstration aufgelöst wurde, versuchten einige Leute noch zum Tagungsort zu kommen, was sich jedoch als ein Ding der Unmöglichkeit entpuppte. Ingesamt wurden auch am Samstag 60 Menschen

vorläufig festgenommen.

Und unterm Strich?
Die Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz waren erfolgreich, denn auf vielen Ebenen wurde Kritik an Krieg, Kapitalismus und ihrem inneren Zusammenhang geäußert. Das Bild des Treffens in den Medien wurde weit über München hinaus vom Protest, und nicht von Bildern der feiernden Welt-Kriegselite bestimmt. In München selbst herrschte eine Situation des Ausnahmezustands. 6000 Bullen legten den kompletten Betrieb der Innenstadt lahm und zeigten, dass sich die Gemeinschaft der Kriegsminister und Militärexperten nicht ohne ernorme Sicherheitsmaßnahmen treffen kann. In diesem Sinne: die nächste Kriegskonferenz kommt bestimmt – wir auch!

Antifaschistische Demonstration in Hamburg

Ein Erlebnisbericht

■ Gegen die letzte öffentliche Präsentation der Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945" des "Hamburger Institut für Sozialforschung" hatten am 31.Januar 2004 sogenannte "Freie Kameradschaften" zusammen mit der NPD nach Hamburg mobilisiert. Um diesem öffentlichen Treiben der Faschisten Widerstand entgegen zu setzen hatte ein breites Bündnis zu Gegenaktionen aufgerufen.
Am Sonnabend versammelten sich dann ca. 6000 Menschen, um gegen die Hetze der Nazis zu protestieren. Umringt von einem großen Polizeiaufgebot setzte sich der Demozug in Hamburg- Barmbeck in Bewegung. Die Provokation der Polizei wurde entsprechend beantwortet. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits über 4000 Bullen in der Stadt, um die Nazis zu schützen.
Als die Demonstration den Platz der Abschlusskundgebung erreichte, hatte die Polizei diesen bereits mit etlichen Hundertschaften, 8 Wasserwerfern und drei Räumpanzern abgeriegelt. Während die Spitze der Demonstration den Platz erreichte und die Auschwitzüberlebende Ester Bejerano ihren Redebeitrag begann, griff die Polizei ohne Vorwarnung an. Mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken versuchten die Bullen den Platz zu räumen. Nach einer Aufforderung der Rednerin, die Attacke zu stoppen, bei der bereits mehrere Menschen verletzt wurden, zerstörte die Polizei das Stromaggregat und richtete zwei Wasserwerfer gegen den Lautsprecherwagen, in dem sich immer noch die 79jährige Ester befand. Jetzt begannen sich AntifaschistInnen militant zu wehren. Kleinere Barrikaden wurden errichtet, Flaschen und Steine flogen den angreifenden Bullen entgegen. Mehrere Polizeifahrzeuge gingen zu Bruch. In eine Seitenstrasse des Platzes konnte die Polizei nur vordringen, nachdem mit einem Räumpanzer rücksichtslos der Weg geebnet worden war. Nach einiger Zeit begannen sich die bei -1°C völlig durchnässten

Menschen in Ketten geschlossen zurückzuziehen, wobei die Polizei noch mehrere hundert Meter nachrückte und die Demonstration weiterhin mit Wasserwerfern angriff. Erst danach löste sie sich langsam auf.
Während also mehrere Tausend AntifaschistInnen von Bullen angegriffen wurden, konnten ca.900 mit Bussen der Hamburger Verkehrsbetriebe herangekarrte Nazis von der Polizei beschützt durch die Straßen marschieren und ihre menschenverachtende Propaganda skandieren. Dabei wurden auch Besucher der Ausstellung bedroht, denn noch nie zuvor konnten sich die Nazis direkt vor dem Ausstellungsort bewegen und damit ein zeitweiliges Schließen der Ausstellung erzwingen. Jedoch nicht ganz ungestört, denn auf der gesamten Route der Faschisten hingen Anwohner Transparente aus den Häusern, und AntifaschistInnen störten die Nazis mit zahlreichen Pfiffen und lautstarken Rufen.

Wessen Sauberes Braunschweig ?!

■ Am 13.März lud die Stadt Braunschweig zum zweiten Mal zum Stadtputztag ein. Alle BraunschweigerInnen waren aufgefordert, sich an der Abfallbeseitigung an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet zu beteiligen. Hinterher gab es dann noch für alle, die teilgenommen hatten, ein Fest auf dem Rathausvorplatz mit Würstchen und Bier. Insgesamt 15.000 BraunschweigerInnen halfen beim Reinigen der Stadt.

Was ist das für eine Veranstaltung, die uns vermitteln soll, alle hätten das gleiche Interesse an dieser Art Sauberkeit? Um wessen Sauberkeit geht es hier überhaupt?

Wenn Oberbürgermeister Hoffmann & Co. von Sauberkeit reden, spielen Abfallbeseitigung und Umweltschutz höchstens eine untergeordnete Rolle. Es geht ihnen um etwas anderes. Das Projekt “Unser sauberes Braunschweig” gehört zu den Kernstücken Hoffmanns Stadtpolitik. Es ist sozusagen die öffentlich wirksame Begleitung zu einer Politik, in der sonst kein Platz für menschliche Bedürfnisse ist. Damit das nicht allzu offensichtlich wird, werden Veranstaltungen wie der Stadtputztag organisiert. Man gibt sich bürgernah und man gaukelt vor, dass alle das gleiche Interesse hätten. Vom Sozialhilfeempfänger, der zwangsweise bei der Stadtreinigung mithelfen muss, da er ansonsten seine Sozialhilfebezüge verliert, bis hin zum Chef eines Unternehmens, der von der Arbeit anderer sein Leben in Hülle und Fülle führt, alle säßen im selben Boot. So die allgemeine Propaganda der Stadtoberen, die in einer florierenden Wirtschaft das Allheilmittel sehen. Denn wie Hoffmann selbst sagt, hat er “[...]die Ansätze von Wirtschaftsförderung überproportional erhöht und

auch in diversen Einzelentscheidungen jeweils Investitionen vorrangig gegenüber anderen Belangen gewichtet" (BZ, 26.02.2004)

Während bei nahezu sämtlichen sozialen Einrichtungen, Jugendzentren und eher unkommerziellen Freizeitangeboten die öffentlichen Gelder konsequent auf ein Minimum oder komplett gestrichen wurden, konnte sich die Wirtschaft an Investitionen erfreuen. Dabei handelt es sich um eine einfache Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Die Stadt und vor allem die Innenstadt wird deshalb umstrukturiert. Sie soll einzig Transportband für Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte werden und zur Vermehrung der Profite von Unternehmen beitragen. Damit das Ganze reibungslos funktioniert, drangsaliert man alle, die nicht in eine nach kapitalistischer Logik durchgestylte Stadt passen durch Polizei und private Sicherheitsleute. Das betrifft z.B. immer häufiger Obdachlose, die aus der Innenstadt vertrieben werden oder soziale Einrichtungen, die aus dem City-Bereich verschwinden sollen. Also die sichtbare Armut wird in bestimmte Stadtviertel gedrängt. Die Innenstadt soll künftig nur zu einem Zweck aufgesucht werden, zum Konsumieren. Und wer keine Lust hat, seine Freizeit in teuren Diskos und Kneipen zu verbringen und sich beispielsweise lieber selbstbestimmt im Prinzen- oder Bürgerpark treffen will, bekommt es ebenfalls nicht selten mit der Polizei zu tun. Hierfür muss schon wieder der Umweltschutz als Legitimation herhalten. Die Jagd der Stadt und Polizei auf vermeintliche Müllsünder in Grünanlagen wirkt indes geradezu lächerlich, ist es doch Hoffmann selbst, der den einzigen Park in der Braunschweiger Innenstadt, den Schlosspark, für das ECE-Einkaufszentrum platt machen will. Prinzen- und Bürgerpark, die seit Jahrzehnten Treffpunkte für unkommerzielle Freizeitgestaltung sind, sollen durch die polizeilichen Kontrollen an Attraktivität verlieren. Denn wer Spaß haben will, soll die profitorientierten, extra dafür hergerichteten Läden in der Innenstadt aufsuchen und dort fleißig Geld ausgeben. Wer das nicht kann oder will, dem bleibt dann nur noch der Blick in den heimischen Fernseher.

Der Stadtputztag nimmt also eine propagandistische Funktion ein. Er soll die Menschen für eine Politik gewinnen, die mit dem, was sie vorgibt zu sein, nicht viel zu tun hat. Wer also die Sprüche vom "sauberen Braunschweig" nur allzu gerne nachplappert, sollte sich bewusst sein, für was er oder sie sich vor den Karren spannen lässt. Es geht um eine Stadt, vollkommen strukturiert nach den Interessen der herrschenden Klasse, in der die Bedürfnisse des Menschen sich denen des Kapitals unterzuordnen haben. Wer darauf keinen Bock hat, muss für eine Gesellschaft kämpfen, in der die Verwertung des Menschen der Vergangenheit angehört und alle solidarisch, selbstorganisiert, frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben. Die Stadt gehört uns, wenn wir sie uns nehmen.



Samstag 15. Mai 2004
Veranstaltung:
Fear of a Kanak Planet - Hip Hop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap
20 Uhr im Jugendzentrum Drachenflug, Frankfurter Straße 253 mit anschließender Party

Jeden Montag 19 Uhr
Aktiv werden gegen Nazis und staatlichen Rassismus!
Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!
Im Antifaschistischen Café
Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

Jeden Freitag ab 20 Uhr
Antifaschistisches Café
Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher ..
Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

http://www.antifacafe.de.vu